



Protokoll

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Naturschutzbeirat
15. September 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Anwesende siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Tiefengeothermie in Karlsruhe-Neureut (mündlicher Bericht der Deutschen ErdWärme GmbH)

Die Vorsitzende ruft TOP 1 auf und begrüßt hierzu die Vertreter der Deutschen ErdWärme GmbH Herrn Dr. Sebastian Homuth und Herrn Dr. Herbert Pohl.

Herr Dr. Sebastian Homuth (Deutsche ErdWärme GmbH) präsentiert den Projektstand der geplanten Tiefengeothermie-Anlage in Neureut (siehe Anlage).

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Homuth und eröffnet die erste Fragerunde.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) möchte wissen, welche Risiken mit einer möglichen Lithium-Gewinnung aus dem Thermalwasser entstehen und welche Abfallprodukte dabei entstehen können.

Herr Dr. Robert Trusch (Naturschutzbeauftragter) bedauert, dass bei der Flächenauswahl für den Standort keine bestehenden Gewerbegebiete in Betracht gezogen wurden und möchte den Grund dafür erfahren.

Stadträtin Irene Moser (SPD) stellt auch in ihrer Eigenschaft als Ortschaftsrätin von Neureut die Frage, ob bei der Geothermiegewinnung die Methode des „Frackings“ im Grundgebirge beabsichtigt sei. Weiterhin fragt sie nach, ob die im Vergleich zu früheren Planungen geringere Bohrtiefe Auswirkungen habe.

Außerdem möchte Sie wissen, ob die entstehenden Abwässer belastet seien, wie weit die Wohnbebauung durch die Verschiebung der Fläche 6 näher gerückt sei und welche Änderungen in der Lärmbelastung zu erwarten seien.

Schließlich fragt sie, ob die Hochstufung in der Erdbebengefahrenkarte durch das Geoforschungszentrum Potsdam Auswirkungen habe und mit welcher Versicherungssumme eventuelle Folgeschäden abgedeckt seien.

Herr Dr. Sebastian Homuth (Deutsche ErdWärme GmbH) beantwortet die Fragen in umgekehrter Reihenfolge:

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) fordert für das Vorhaben eine ausreichende Versicherungssumme. Für Folgeschäden aus dem Vorhaben ist eine Deckungssumme von 20 Mio. Euro vorhanden. 13 Mio. Euro werden in die Erdschadensfallkasse eingezahlt, aus der auch vor der endgültigen Klärung der Schuldfrage Grundstückseigentümer entschädigt werden können. Für die Schlichtung von Streitfällen wird ein Ombudsmann eingesetzt. Die Nachweislast liegt beim Unternehmen, das heißt dieses muss nachweisen, dass es nicht für die Schäden verantwortlich ist.

Um die Gefahr einer erhöhten Seismizität zu verringern, werden die Bohrungen nicht bis ins Grundgebirge mit kritischen tektonischen Störungen, sondern lediglich bis ins Deckgebirge niedergebracht.

Durch die geringere Bohrtiefe wird eine geringere, aber noch ausreichende thermische Leistung (Thermalwasser ist 160°C statt 190°C warm) erreicht.

Bei einer Verschiebung der Fläche 6 ist die Wohnbebauung noch mehr als 200 m entfernt. In jedem Fall müssen dort die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden (am Tag 45 dB nachts 35 dB). Lärmgutachten werden in jedem Fall erstellt. Gegebenenfalls wären entsprechende Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Können die Grenzwerte dennoch nicht eingehalten werden, scheidet die Fläche aus.

Das Thermalwasser wird im Kreislauf geführt, weshalb Abwasser nur in geringsten Mengen, beispielsweise bei Reinigungsarbeiten, anfällt. Dies wird später wieder dem Kreislauf zugeführt. Das Thermalwasser selbst hat einen so hohen Salzgehalt, dass es in Wassergefährdungsklasse 1 einzustufen ist.

Bisher wurde lediglich die bergrechtliche Erlaubnis zur Aufsuchung von Lithium erteilt. Die tatsächliche Gewinnung ist nicht geplant und müsste separat beantragt werden.

Die Vorsitzende hakt an dieser Stelle ein und verweist auf die nächste Sitzung, bei der das KIT ein Forschungsprojekt zur Lithium-Gewinnung vorstellen wird.

Sie bedauert ebenfalls, dass sich keine Gewerbegebiete als geeignete Flächen herausgestellt haben. Dies habe sich aber bei der Flächenauswahl so ergeben.

Sie verweist darauf, dass an jedem Standort die zulässigen Grenzwerte eingehalten werden müssen und entsprechende Messungen durchzuführen seien.

Die Vorsitzende eröffnet die nächste Fragerunde.

Herr Hartmut Weinrebe (BUND) begrüßt im Namen der Naturschutzverbände das Vorhaben als Beitrag zur Wärmewende. Deshalb würde er einen Standort im Gewerbegebiet favorisieren, weil hier die Wärme abgenommen werden könnte.

Er fragt nach, welche Unterschiede sich in der Lärmentwicklung bei überwiegender Wärmenutzung im Vergleich zur Verstromung ergeben.

Außerdem möchte er wissen, welchen Einfluss die Stadt Karlsruhe auf die Flächenauswahl im Zuge der Raumplanung habe.

Stadträtin Christine Weber (GRÜNE) fragt, welche Auswirkungen die Abkühlung durch die Wärmeentnahme aus dem Thermalwasser auf Boden und Grundwasser habe.

Außerdem möchte sie wissen, ob für die möglichen Flächen ein Hochwasserrisiko bestehe und ob für die Betriebsgebäude Photovoltaik vorgesehen sei.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) sieht die genannten Versicherungssummen als zu gering an und möchte wissen, ob nur Putzschäden reguliert werden. Er verweist auf die wahrscheinlich durch Geothermiebohrungen in La Wantzenau ausgelösten Erdbeben und die Schäden auf deutscher Seite, für welche die Betroffenen immer noch auf Entschädigung warten. Weiterhin fragt er nach, wie die anfallenden radioaktiven Schlämme entsorgt werden.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) möchte wissen, wie sich die Effizienz der Wärmenutzung im Vergleich zur elektrischen Nutzung verhält, da die „Bürgerinitiative gegen Tiefengeothermie in Karlsruhe“ auf ihrer Homepage auf die geringe Effizienz der elektrischen Nutzung hingewiesen hat.

Stadtrat Tom Hoyem (FDP) fragt, ob eine Zusammenarbeit mit im Bereich der Lithium-Gewinnung tätigen Firmen, beispielsweise der australischen Firma Vulcan, bestehe.

Die Vorsitzende erläutert, dass seitens der Stadtwerke derzeit noch keine Abnahme von Wärme vorgesehen sei, da bis 2030 die Lieferung von Fernwärme abgesichert sei. Sie merkt an, dass die Stadt Karlsruhe die Tiefengeothermie ebenfalls als wichtigen Beitrag zum Klimaschutzkonzept sehe.

Die Vorsitzende legt dar, dass im AUG und im Planungsausschuss die Optionsflächen diskutiert wurden, auch ein Gewerbegebiet war in der Auswahl. Dieses stellte sich als nicht geeignet heraus. An der Flächenauswahl könne sich die Stadt nur beteiligen, indem sie eigene Flächen zur Verfügung stellt. Die von der Stadtverwaltung angebotenen stadt-eigenen Flächen waren jedoch vom Ortschaftsrat Neureut nicht gewünscht. Weiterhin erinnert sie daran, dass die Stadt Karlsruhe für das Vorhaben nicht die Genehmigungsbehörde sei, sondern das Landesbergamt beim Regierungspräsidium Karlsruhe.

Herr Dr. Sebastian Homuth (Deutsche ErdWärme GmbH) beantwortet anschließend die Fragen der zweiten Fragerunde:

Eine Zusammenarbeit mit in der Lithium-Gewinnung tätigen Firmen besteht nicht.

Die Verstromung der gewonnenen Erdwärme ist mit etwa 15 % natürlich weniger effizient als die Wärmenutzung, allerdings ist trotzdem eine CO₂-Einsparung von mehreren 10.000 Tonnen pro Jahr möglich.

Schwach radioaktive Abfälle fallen in Form von Ablagerungen an den Wärmetauschern in geringem Umfang, ca. zwei Paletten pro Jahr, an. Diese werden in Beton eingebunden und ordnungsgemäß entsorgt.

Im Hinblick auf die Versicherungssumme erläutert Herr Dr. Homuth, dass das 3D-Untergrundmodell durch weitere Datenermittlung verfeinert wird, um das Risiko möglicher Schäden durch ausgelöste Seismizität weiter zu verringern.

Auf den Betriebsgebäuden und Freiflächen sollen soweit möglich Photovoltaik-Module angebracht werden.

Auswirkungen auf die Temperatur von Boden und Grundwasser werden sich nur durch Wärmeübertragung unmittelbar am Förderrohr ergeben, da die Entnahme und Rückspeisung des Grundwassers in der Tiefe erfolgt. Langzeitmodelle zeigen keinen großen Einfluss. Die Bohrungen werden abgelenkt, sodass sie am Ende 1 – 1,5 km auseinander liegen.

Sollte sich das Vorhaben in einem hochwassergefährdeten Gebiet befinden, werden im Genehmigungsverfahren Maßnahmen zum Hochwasserschutz gefordert und dann auch umgesetzt.

Durch die Verstromung wäre eine höhere Lärmentwicklung durch zusätzliche Luftkühlung möglich. Durch geeignete Kühler können die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) fragt nach, wie hoch die Anzahl der Transporte an radioaktiven Abfällen ist, die bei der Lithium-Gewinnung entstehen.

Weiterhin möchte er wissen, ob auf der Fläche 6, die räumlich verschoben wurde, Altlasten vorhanden seien.

Außerdem hakt er nochmals bezüglich den in La Wantzenau ausgelösten Erdbeben und die Schäden auf deutscher Seite nach.

Stadtrat Dr. Clemens Cremer (GRÜNE) fragt nach, wie sichergestellt werde, dass die Bohrungen nicht das Grundgebirge durchbohren werden und hakt nochmals nach, ob die Technik des Frackings beabsichtigt sei.

Herr Dr. Herbert Pohl (Deutsche ErdWärme GmbH) betont nochmals, dass derzeit die Gewinnung von Lithium aus dem Thermalwasser nicht interessant sei, da es hierzu noch keine verlässliche Technologie gebe. Diese befinde sich noch im Entwicklungsstadium. Die Gewinnung von Lithium aus Thermalwasser könne in der Zukunft noch interessant werden, da derzeit der Lithium-Abbau mit erheblichen Umweltbeeinträchtigungen verbunden sei.

Herr Dr. Sebastian Homuth (Deutsche ErdWärme GmbH) erläutert, dass das Abteufen der Bohrungen ins Grundgebirge nicht vorgesehen und auch nicht genehmigt sei. Mithilfe der vorhandenen und noch zusätzlich zu erhebenden Daten solle sichergestellt werden, dass dies auch nicht unabsichtlich geschehe.

Fracking sei in Deutschland verboten.

Zur Problematik der verzögerten Entschädigungen auf deutscher Seite von La Wantzenau ist ihm nichts bekannt, weshalb er hierzu keine Aussagen treffen kann.

Die Vorsitzende betont nochmals, dass derzeit die Gewinnung von Lithium nicht vorgesehen sei und verweist nochmals auf die nächste Sitzung, bei der das KIT ein Forschungsprojekt zur Lithium-Gewinnung vorstellen werde.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) vermutet, dass es sich bei der von Stadtrat Dr. Paul Schmidt angesprochenen Altlast auf der Fläche 6 um den sogenannten „CLASS III-POINT“ handle. Diese Altlast befinde sich jedoch außerhalb der neuen und auch der ursprünglichen Fläche 6.

Wenn auf Altlasten gebaut werden soll, müsse entsprechend geprüft und es müssen entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

TOP 2 Förderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ des Bundes: Förderung für das Projekt „Intensivierung und Digitalisierung der Bewässerung von städtischen Grünflächen und Produktion biozertifizierter Pflanzenware im städtischen Betrieb“

Die Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage. Rückfragen bestehen keine.

Ergebnis: Naturschutzbereit einstimmig ja, Ausschuss für Umwelt und Gesundheit ebenfalls einstimmig ja.

TOP 3 Biozertifizierung der Stadtgärtnerei

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) fragt, welche Änderungen in der Stadtgärtnerei notwendig seien.

Hartmut Weinrebe (BUND) begrüßt das Vorgehen und möchte gerne wissen, ob auch der Einsatz von Torf im Hinblick auf den Klimaschutz reduziert oder gar abgeschafft werde.

Amtsleiterin Doris Fath (Gartenbauamt) erklärt, dass die Erden eine wesentliche Komponente bei der Zertifizierung seien und das Ziel sei, Torf nur in einem sehr geringen Anteil zu verwenden und perspektivisch auf Null zu reduzieren. Es gebe Stoffe wie Pflanzenschutzmittel, Stärkungsmittel, Unkrautvernichter und Dünger, die im Rahmen des Prozesses auf biologische Verfahren umgestellt werden müssen. Es sei klar, dass die biologische Ware teurer sei als die konventionelle Ware. Die eigenen Erfahrungen müssten gemacht werden, aber die Motivation im Team sei groß.

Renate Rastätter (GRÜNE) begrüßt die Vorlage und verweist darauf, dass auch in der freien Wirtschaft die Entwicklung hin zum biologischen Anbau bereits ersichtlich sei. Die Zeit und die Erfahrungssammlung seien wichtig. Sie sei dankbar, dass der Prozess in die Gänge komme.

Ergebnis:

Der Ausschuss unterstützt das weitere Vorgehen.

TOP 4 Ergebnisbericht des Forschungsprojektes „Grüne Lunge“

Mario Köhler (Gartenbauamt) erläutert die Struktur und Ziele des Projektes. Drei Jahre der Forschungs- und Entwicklungsphase seien nun kurz vor dem Abschluss, und erste Ergebnisse daraus wurden exemplarisch aufgezeigt. Es werde nun an dem Abschlussbericht gearbeitet und die Ergebnisse dann wissenschaftlich veröffentlicht und ein zusammenfassender Bericht für die Praxis in der Stadt Karlsruhe erstellt. Im Anschluss an die erste Phase sollen weitere zwei Jahre der Umsetzung und Verstetigung folgen. Diese Phase ist bereits beim Fördermittelgeber beantragt und kann mit einer 80 %-Förderung finanziert werden. Die übrigen 20 % sind von der Stadt zu tragen, welche in Form von Stammpersonalkosten eingebracht werden.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) bedankt sich für den Vortrag und interessiert sich dafür, ob es auch Konsequenzen für die Privatbäume gebe und ob bei der Baumartenauswahl die Invasivität berücksichtigt werde.

Mario Köhler (Gartenbauamt) erklärt, dass es bei den Privatbäumen lediglich um ein Monitoring geht und die genauen Baumarten nicht ermittelt werden können. Prinzipiell werden bei der Forschung keine Baumarten ausgeschlossen. Der Ausschluss aufgrund der Invasivität erfolge in der Regel im Planungsprozess aufgrund anderer Kriterien.

Dr. Robert Trusch (Naturschutzbeauftragter) sieht den Mehrwert des Projektes nicht und verweist auf andere Forschungen, aus denen die Ansprüche der Pflanzen bereits bekannt seien.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) möchte gerne wissen, ob bei den Untersuchungen im Hinblick auf die Resistenz und der Resilienz Unterschiede zwischen Einzelbäumen und Bäumen in Gruppenbeständen erkennbar seien.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) fragt nach der Berücksichtigung des Gesundheitszustandes der Bäume.

Mario Köhler (Gartenbauamt) erklärt, dass es im Dickenzuwachs laut Untersuchungen der Forstlichen Versuchsanstalt Baden- Württemberg keinen signifikanten Unterschied mache, ob es ein Straßenbaum oder ein Parkbaum sei oder die Immissionsvorbelastung hoch oder niedrig sei. Bäume in Gruppenbeständen können auch sehr unterschiedliche Gesundheitszustände aufweisen. Das Projektdesign weitet Untersuchungen der Forstwissenschaft auf die Stadtbäume aus. Es sei nicht ein Beginn bei null, sondern auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft aufgebaut. Der Mehrwert solle primär für die Grünplanung entstehen, sodass Bäume einen gezielten Einsatz im Stadtgebiet haben und eine praxisnahe Forschung erreicht werde.

Die Vorsitzende spricht sich deutlich für das Projekt aus und findet es wichtig, dass sich die Stadt Karlsruhe bei solchen inter- und transdisziplinären Projekten integriert. Sie begrüßt die Untersuchung, welche Bäume an welchem Standort in Karlsruhe geeignet sind.

Renate Rastätter (GRÜNE) bekräftigt ebenfalls die Wichtigkeit des Projektes gemeinsam mit dem Forstamt, welches auch integriert ist. Die oberste Priorität sollte die Vielfalt sein. Dass

Bäume an einem Standort unterschiedlich befallen sein können, zeige deutlich die Natürlichkeit des Organismus.

Mario Köhler (Gartenbauamt) antwortet, dass die Zusammensetzung von Baumarten und auch die Vielfalt durchaus berücksichtigt werden, sowohl auf der Ebene der Einzelbäume, wie auch bei Aussagen zu Waldzusammensetzungen. Die Variabilität gebe es bei Bäumen, wie auch bei allen anderen Lebewesen, und spezifiziere sich je nach Baumart unterschiedlich.

TOP 5 Rahmenkonzept für den Ausbau öffentlicher und öffentlich zugänglicher E-Ladeinfrastruktur der Stadt Karlsruhe

Die Vorsitzende übergibt das Wort an **Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz)**.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) führt in das Thema ein, erwähnt die vom Land Baden-Württemberg geförderte und bei der KEK angesiedelte Stelle zur E-Mobilität und fasst kurz die wichtigsten Elemente des vorliegenden Rahmenkonzepts zur E-Ladeinfrastruktur zusammen.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) merkt an, dass ein eigenes Förderprogramm der Stadt seines Erachtens nicht notwendig sei, da bereits sehr attraktive Förderungen von Bund und Land vorhanden seien.

Dem stimmt **Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz)** zu. Die Notwendigkeit einer kommunalen Förderung müsse geprüft werden. Ziel sei es, bei privaten Flächeneigentümern Interesse zu wecken und die Errichtung und den Betrieb von Ladeinfrastruktur attraktiv zu machen.

Stadtrat Dr. Clemens Cremer (GRÜNE) begrüßt das Rahmenkonzept, und formuliert die kritische Anmerkung, dass der Strom beim Schnellladen an der DC-Säule teurer sei als das Laden an einer privaten Wallbox zuhause. So werden Bürger mit tendenziell geringerem Einkommen, die zur Miete in einem Mehrfamilienhaus wohnen und kein eigenes Haus besitzen, benachteiligt. Vermögendere Hausbesitzer mit eigenem Stellplatz haben dagegen die Möglichkeit für günstigeres Laden an einer eigenen Wallbox. Er stellt die Frage, ob hierfür eine Lösung möglich sei.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) antwortet, dass das Thema Gerechtigkeit schwierig sei. Das Ziel sei es, die Autos in dicht besiedelten Gebieten der Innenstadt auf angemietete Stellplätze in den Tiefgaragen und Parkhäuser zu bringen. Dort solle Ladeinfrastruktur angeboten werden.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) ergänzt, dass in Gebieten wie der Oststadt oftmals keine eigenen Parkplätze vorhanden seien und deshalb kaum E-Fahrzeuge angeschafft werden. Das Laden bei z. B. Discountern spiele für diese Gruppe eine Rolle, weshalb eine Kooperation zwischen Discountern und Betreibern wie den Stadtwerken gefördert werden müsste. Damit Discounter

und andere Lebensmittelhändler vermehrt Ladeinfrastruktur anbieten, sollten sie von der Stadt bei Genehmigungsverfahren o.ä. unterstützt werden.

Hartmut Weinrebe (Sachkundiger Einwohner/BUND) weist darauf hin, dass die Verkehrswende und der Klimaschutz nur mit weniger Pkw-Verkehr zu schaffen seien und die reine Umstellung auf E-Mobilität nicht ausreiche. Gleichzeitig dürfe der Flächenverbrauch für E-Mobilität nicht zu Lasten des Radverkehrs und des ÖPNV gehen.

Diese Sorge treibt auch **Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.)** um, dass durch einen E-Mobilitäts-Hype viel Fläche für Ladeinfrastruktur verbraucht werde, Fläche, die eher für die Menschen bereitstehen sollte. Die Kommune müsse drauf achten, dass Ladeinfrastruktur sinnvoll aufgebaut wird und Angebot und Nachfrage im Verhältnis bleiben. Es solle keine zusätzliche Flächenversiegelung stattfinden.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) begegnet diesen Bedenken mit der Aussage, dass E-Mobilität natürlich nur ein Baustein der nachhaltigen Mobilität sein könne, nicht aber die Lösung. Ein enger Austausch mit dem StPIA sei wichtig, um eine nachhaltige Verkehrsentwicklung zu ermöglichen. In Zukunft sollen sich Ladezeiten, auch durch verbesserte Technik, weiter reduzieren und Ladestationen nicht dort entstehen, wo eine Verkehrsberuhigung geplant ist. Gute Ladesäulen-Standorte seien z. B. dort, wo es Verweilmöglichkeiten gebe. Klar sei, dass keine Grünflächen dafür vorgesehen werden, sondern eher bestehende Parkplätze.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) schließt die Frage an, ob das Schnellladen mit DC die Batterie des Fahrzeugs stärker belastet und verschleißt als das langsame Laden.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) führt aus, dass in Zukunft die Batterien von E-Fahrzeugen immer mehr für das Schnellladen ausgelegt werden.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) regt an, eher Erdgas-Autos zu fördern anstatt Elektro-Autos, da diese mit CO₂-neutralem Biogas fahren können.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) sieht in der Förderung von Biogas-Autos keine Lösung, da der Markt diese Entwicklung nicht herbeiführt. Mit dem Ladeinfrastrukturkonzept reagiere die Stadt auf eine Entwicklung von außen. Der Trend der Zukunft sei das E-Fahrzeug. Auch Wasserstoff werde immer mal wieder diskutiert, realistisch aber eher für den Schwerverkehr.

Stadtrat Dr. Thomas Müller (CDU) spricht das Thema „Brandgefahr von Elektroautos“ an und bittet um Stellungnahme zur Frage der Sicherheit von E-Autos, insbesondere in Parkhäusern und Tiefgaragen.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) weiß aus Gesprächen mit der Feuerwehr, dass das Löschen von Elektroautos zwar etwas länger dauert, aber ansonsten, wie auch bei PV-Anlagen, einen Routinefall darstelle. Entsprechend werden auch an Parkhausbetreiber keine besonderen Anforderungen gestellt.

Die Vorsitzende verweist auf eine ältere Gemeinderatsanfrage, bei der dieses Thema bereits besprochen wurde.

Ergebnis: Mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung wird das Konzept aus dem Ausschuss zur Entscheidung an den Gemeinderat verwiesen.

TOP 6 Hitzeaktionsplan

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 auf.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) stellt den Stand zum Hitzeaktionsplan vor: Die Idee eines Hitzeaktionsplans wurde aus dem Gemeinderat an die Verwaltung herangetragen. Im Juli 2019 wurde die Idee eines Hitzeaktionsplans im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und anschließend im Sozialausschuss vorgestellt. Für die Erstellung eines Hitzeaktionsplans ist eine Projektstelle für zwei Jahre nötig. Die Vorschläge der Verwaltung mit der Einrichtung einer Projektstelle für zwei Jahre beim Umwelt- und Arbeitsschutz für die Konzeption und Koordination eines Hitzeplans für Karlsruhe wurden damals befürwortet. Daraufhin wurden Anträge für Förderprojekte gestellt. Diese wurden bisher nicht genehmigt. Auch gibt es keine Rückmeldung seitens des Projektträgers, wann eine Entscheidung zu erwarten ist. Aufgrund des Verfahrens wäre bei Bewilligung des Projektes nicht mit einem Projektbeginn vor Ende 2022 zu rechnen. Aktuell ist ein Projektstellenantrag beim Personal- und Organisationsamt gestellt, über den noch zu entscheiden ist. Bei Nichtgewährung der Projektstelle kann der Hitzeaktionsplan nicht erarbeitet werden.

Die Vorsitzende betont die Wichtigkeit der Projektstelle für die Erstellung eines Hitzeaktionsplans. Die Aufgaben dazu können nicht über die Personalstelle der Klimaanpassung bewältigt werden.

TOP 7 Klimaschutzkonzept 2030 - Betrachtungen zum CO₂-Budget und Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 29.04.2021

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) führt eingangs zu seinem Kurzvortrag aus, dass der Wunsch, auf das Thema CO₂-Budget und mögliche Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil einzugehen, mehrfach aus den Reihen des Gemeinderats an die Verwaltung herangetragen wurde (zu seinen Ausführungen siehe die Präsentation).

Die **Vorsitzende** betont im Anschluss daran, dass eine Anpassung des Karlsruher Langfristziels der Klimaneutralität kongruent zur Bundesebene sinnvoll wäre. Auch einer Weiterentwicklung auf der Maßnahmensseite stehe die Verwaltung offen gegenüber. Allerdings sollte hier erst abgewartet werden, welche konkreten Vorgaben und Angebote Bund und Land in ihren ausstehenden Maßnahmenpaketen den Kommunen machen. Der Vortrag sei als Einstieg in diese Diskussion und als erster Stimmungstest gedacht. Für den nächsten Schritt ist eine Beschlussvorlage in Vorbereitung.

Auf Rückfrage von **Hartmut Weinrebe (BUND)** erklärt die Vorsitzende, dass der Vortrag aufgrund der Urlaubszeit recht kurzfristig entstanden sei und deshalb erst am vorigen Tag in die Cloud zum Abruf eingestellt werden konnte.

Ergebnis:

Kenntnisnahme

TOP 8 Befragung zur hausärztlichen Versorgung in Karlsruhe

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und führt in das Thema ein. Sie betont, dass das Ziel der Befragung sei, abzuschätzen, welche Schritte die Stadt Karlsruhe beim Thema der hausärztlichen Versorgung unternehmen könnte, um dem Problem eines Versorgungsdefizits entgegenzuwirken.

Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD) dankt, dass sich die Stadtverwaltung dem Thema von sich aus annimmt. Er selbst wisse von einem jungen Allgemeinmediziner, der in Freiburg studierte und kürzlich eine Praxis in Karlsruhe übernahm. Dabei suchte er sich bewusst den Standort Karlsruhe aus, da andere Universitätsstädte eine gute hausärztliche Versorgung aufwiesen, in Karlsruhe hingegen eine Unterversorgung vorliege. Er sehe hier die besten Verdienstmöglichkeiten. **Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD)** betont, dass Überlegungen nötig seien, wie die freien Hausarztstellen in Karlsruhe beworben werden können.

Stadtrat Friedemann Kalmbach (FW/FÜR) führt an, dass in der Vorlage Untersuchungen der Kassenärztliche Vereinigung (KVBW) zum gleichen Thema erwähnt werden. Er stellt die Frage, ob eine eigene Befragung der Stadtverwaltung nötig sei, wenn die Kassenärztliche Vereinigung solch eine Befragung bereits durchführe. Grundsätzlich befürwortet er jedoch eine Befragung zu dem Thema.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) sieht eine Befragung eher kritisch. Seiner Erfahrung nach sei es wichtiger, aktiv potentielle Medizinerinnen und Mediziner anzusprechen und von einer Niederlassung zu überzeugen. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass in Karlsruhe besonders auch Substitutionspraxen schließen beziehungsweise viele bereits geschlossen haben. Dies sei kein attraktives Medizinfeld. Hier zeichne sich daher ebenfalls eine Versorgungslücke ab. Er fügt an, dass eine Befragung allein nicht ausreichend sei, sondern darüberhinausgehende Aktivitäten nötig seien.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) dankt für die die Vorlage und Initiative der Stadtverwaltung. Vorsorge in dem Thema zu leisten sei wichtig, insbesondere auch wegen der Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte. Sie stellt die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis vorgesehen sei. Solch eine Zusammenarbeit wäre sinnvoll, da die Problemlage in der Fläche vorhanden ist. Es bedarf ihrer Meinung nach Initiativen, um junge Medizinerinnen und Mediziner dabei zu unterstützen eine Praxis zu übernehmen, da bei der Praxisübernahme einige Hürden zu überwinden seien. Zudem fragt sie, wie sich die Versorgung bei den Kinderärztinnen und Kinderärzten in Karlsruhe verhalte.

Stadträtin Renate Raststätter (GRÜNE) betont, dass in den Folien sichtbar sei, dass das Problem landesweit und bundesweit bestehe. Dabei gebe es Zentren, in denen die Versorgung besonders schlecht sei. Daher bringe eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis nichts. Die

Einstellung von Hausärztinnen und Hausärzten habe sich inzwischen geändert. Ein Beruf als Hausärztin oder Hausarzt bringe viel Verantwortung mit sich. Sie betont, dass es inzwischen vor allem auch viele junge Ärztinnen mit geänderten Ansprüchen gebe, zum Beispiel an geregelte Arbeitszeiten. Bei dem Thema der ärztlichen Versorgung sieht sie auch viele Probleme, die die Stadt nicht lösen könne, sondern bei denen die Verantwortung eher beim Land und Bund liege. Verbundpraxen seien eine bessere Option und hierbei könne die Stadt unterstützen. Als eine Möglichkeit zur Bindung von Medizinerinnen und Medizinern an die Region nennt sie zudem die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte am Klinikum.

Stadtrat Dr. Thomas Müller (CDU) schildert, dass es insgesamt zu wenig Medizinerinnen und Mediziner gebe. Zudem seien viele der Studierenden heutzutage Frauen. Darüber hinaus finde ein Wandel in der Einstellung der jungen Medizinerinnen und Mediziner statt, zum Beispiel hinsichtlich einer geringeren Bereitschaft für Bereitschaft- und Nachtdienste. Vor allem in der Stadt finde sich dazu auch das Problem des fehlenden Wohnraums. Das Thema Wohnraum könnte jedoch ein Ansatz sein, um mehr Medizinerinnen und Mediziner nach Karlsruhe zu locken. Er betont, dass Änderungen in den Aufnahmen für ein Medizinstudium und mehr Ausbildungsplätze nötig seien. Karlsruhe stehe im Vergleich zu anderen Städten oder Regionen jedoch noch recht gut da. Andere Regionen seien auch jetzt schon deutlich schlechter mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt. Darüber hinaus gebe es mitunter auch Sprachbarrieren durch Medizinerinnen und Mediziner mit anderen Muttersprachen als Deutsch, wodurch Schwierigkeiten in der Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten aufträten. Hierbei bräuhete es seiner Meinung nach mehr Förderung.

Die Vorsitzende erklärt, dass Medizinstudierende einen Teil ihrer praktischen Ausbildung am Klinikum in Karlsruhe absolvieren können. Stellen im Klinikum seien in der Regel nicht lange vakant, sondern fast immer besetzt. Jedoch gebe es einen großen Mangel an Fachkräften im Pflegebereich.

Amtsleiter Norbert Hacker (Umwelt- und Arbeitsschutz) antwortet auf die Fragen der Stadträtinnen und Stadträte. Die Versorgung mit Kinderärztinnen und Kinderärzten als Facharztgruppe sei zufriedenstellend. Ein auffälliges Versorgungsdefizit bestehe lediglich bei den Hausärztinnen und Hausärzten. Die Stadtverwaltung stehe bereits im Austausch mit dem Landkreis. Herr Hacker betont, dass die Versorgungslage im Landkreis im Vergleich mit der Stadt deutlich schlechter sei. Die Vorlage sei ein erster Schritt, um der Frage näher zu kommen, welche Maßnahmen von der Kommune unternommen werden können, um die Ärztinnen und Ärzte zu unterstützen und dem Problem des Versorgungsdefizits zu begegnen. Es finde bereits ein enger Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KVBW) statt. Es werde keine Doppelung mit bereits durch die KVBW erfolgten allgemeinen Befragungen geben. Die Befragung der Stadtverwaltung richte sich an konkrete Inhalte für Karlsruhe.

Die Vorsitzende ergänzt, dass der Fokus der Untersuchung auf Fragen liege, die Karlsruhe als Kommune im Hinblick auf Handlungsmöglichkeiten weiterbringen. Dabei würden Themen behandelt, die die durch die Kassenärztliche Vereinigung (KVBW) bisher so nicht geklärt werden konnten.

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



TOP 9 Verschiedenes

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 auf.

Die Vorsitzende informiert, dass am 24. September 2021 um 16:30 Uhr die Waldexkursion stattfindet. Treffpunkt ist am Waldparkplatz Geigersberg.

Die Vorsitzende berichtet, dass hinsichtlich einer Stellungnahme der Stadt als betroffene Gebietskörperschaft zum Wasserrechtsantrag des Rheinhardendampfkraftwerk 7 (RDK 7) das Regierungspräsidium Karlsruhe eine Fristverlängerung bis Ende Oktober 2021 eingeräumt habe. Es solle daher eine politische Stellungnahme abgegeben werden, die im Hauptausschuss am 12. Oktober vorberaten und im Gemeinderat am 19. Oktober beschlossen werden soll.

Norbert Hacker (Amtsleiter Umwelt- und Arbeitsschutz) informiert über drei Projekte des Umwelt- und Arbeitsschutzes, die im Herbst 2021 anlaufen: Das erste Projekt „Green GROWnership – rechtliche, planerische und motivierende Instrumente für mehr privates Grün“ wird eine dreiteilige Strategie erarbeiten, um Grün in privatem Eigentum zu erhalten und neu zu schaffen. Das Projekt wird vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung mit 50 000 Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren gefördert. Das zweite Projekt „CityClim“ hat zum Ziel, die Datengrundlagen zum Stadtklima in Karlsruhe zu erweitern. Karlsruhe erhält eine Förderung einer 50%-Projektstelle über 29 Monate beim Umwelt- und Arbeitsschutz. Im dritten Projekt „Ge[Kli]mapped - Gesundheitsförderliche Klimaanpassungsbedarfe partizipativ Erheben und Darstellen“ ist die Stadt Karlsruhe kommunaler Kooperationspartner. Ziel ist die Weiterentwicklung des StadtRaumMonitor, einem bestehenden Instrument der partizipativen Bedarfserhebung einer gesundheitsförderlichen Stadtentwicklung.

Die Vorsitzende berichtet, dass es eine Umbesetzung im Klimaschutzbeirat geben werde: Herr Michael Schön geht in den Ruhestand. Seinen Platz übernimmt fortan Herr Hilmar John, neuer Geschäftsführer von fokus.energie.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) fügt an, dass wenige Tage zuvor eine Informationsveranstaltung zum Lagebericht Hochwasser stattgefunden habe. Sie stellt die Frage, ob diese Veranstaltung für den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit nochmal angeboten werden könnte.

Die Vorsitzende erklärt, dass eine Wiederholung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit aus ihrer Sicht nicht sinnvoll und dass die bereits durchgeführte Informationsveranstaltung allen Gemeinderatsmitgliedern offenstand. Bei der Veranstaltung wurden viele technische Fragen beantwortet, die über den Rahmen des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit hinausgingen.

gez. Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleiterin